

Ressort: Politik

CDU-Politiker schlägt für Einwanderungsgesetz Lohnbürgschaften vor

Berlin, 16.01.2015, 18:00 Uhr

GDN - Für seinen Vorstoß zu einem Einwanderungsgesetz erhält CDU-Generalsekretär Peter Tauber Zustimmung vom Wirtschaftsflügel seiner Partei: Michael Fuchs, Vizechef der Bundestagsfraktion der Union, kann sich vorstellen, dass Firmen, die einen ausländischen Arbeitnehmer anheuern, eine Bürgschaft in Höhe von zwei Jahresgehältern beim Staat hinterlegen müssen, berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". "Das stellt sicher, dass Zuwanderer dem Sozialstaat nicht gleich wieder auf der Tasche liegen."

Generalsekretär Tauber will sich im Februar mit Parteifreunden zusammensetzen, um sich Gedanken über ein mögliches Einwanderungsgesetz zu machen. In diesem Jahr rechnet die Bundesagentur für Arbeit, auf Basis der Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, mit rund 230.000 Asylanträgen, etwa 160.000 Menschen davon werden erwerbsfähig sein.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-48057/cdu-politiker-schlaegt-fuer-einwanderungsgesetz-lohnbuergschaften-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619